

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur
Dr. H. Dörmig, Auerbach
Dr. H. Dörmig, Auerbach
Dr. H. Dörmig, Auerbach
Dr. H. Dörmig, Auerbach
Dr. H. Dörmig, Auerbach
Dr. H. Dörmig, Auerbach
Dr. H. Dörmig, Auerbach
Dr. H. Dörmig, Auerbach
Dr. H. Dörmig, Auerbach
Dr. H. Dörmig, Auerbach

Das Tagesblatt: Durch unsere Seiten frei im Hause monatlich 4.50 Mk. Bei der Wochenspende abgeholt monatlich 4.40 Mk. Bei der Post bestellt und nicht abgeholt monatlich 12.50 Mk. monatlich 4.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus monatlich 12.40 Mk. monatlich 4.50 Mk. Erhältlich täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonntagen und Feiertagen. Unsere Zeitungsverträge und Anzeigerstellen, sowie alle Postgebühren und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Nr. 279. Donnerstag, den 2. Dezember 1920. 15. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die wiederholt verschobene Konferenz der deutschen Ernährungsminister findet am 3. und 4. Dezember in Weimar statt. Auf der Tagesordnung steht die Frage der Brot-, Getreide- und Fleischversorgung, Wucherbekämpfung, Ein- und Ausfuhr von Lebensmitteln.

Die lithauische Telegraphen-Agentur meldet: Gemäß dem mit den Polen abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrag wurde die Kampftruppe an der Front gestreckt und Winternacht eingestellt.

Einer Neutermelung zufolge haben tausende von Londoner Schiffswerkstarbeiter die Arbeit wegen Lohnforderungen niedergellegt.

Ein unter dem Vorsitz Lloyd Georges abgehaltener englischer Ministerrat befaßte sich mit der türkischen Frage.

Der finnische Reichstag hat mit 163 gegen 97 Stimmen beschlossen, den Friedensvertrag mit Sowjetrußland zu ratifizieren.

Demokratischer Parteiauschuß.

Der Parteiauschuß der Deutschen Demokratischen Partei, nächst dem Parteitag die oberste Parteinstanz, hat in Hannover eine Sitzung abgehalten. Diese wurde durch den Parteivorsitzenden Senator Dr. Petersen eröffnet. Als Vertreter des Parteivorstandes berichtete Dr. Frankfurter, Berlin über die Organisation der Partei und ihre Neuorganisation. Die von Dr. Frankfurter vorgeschlagenen Richtlinien, über die demnächst der Parteitag in Nürnberg entscheiden wird, fanden die Zustimmung des Parteiaususses, wenn es auch in einer sehr angeregten Aussprache an Änderungsvorschlägen im einzelnen nicht fehlte. Ueber die Vorbereitungen für den Parteitag in Nürnberg berichtete der Leiter der Reichsgeschäftsstelle Zausen, wobei er dem Parteiauschuß vom Vorstand ausgearbeitete Vorschläge für eine vorläufige Tagesordnung unterbreitete. Sodann berichtete

Abg. Dr. Petersen über die politische Lage

Er stellte an die Spitze seiner Ausführungen die Auffassung, daß seit der letzten Parteiaussschusssitzung wir aus der revolutionären in die evolutionäre Entwicklung eingemündet und etwa da wieder angelangt sind, wo wir waren, als der Kampf einsetzte. Die Unabhängigen sind zusammengebrochen mit ihrer Krisenpolitik. Ihre Spaltung ist darauf zurückzuführen, daß das deutsche Volk in seinem innersten Wesen national ist und dem Kommando von Moskau nicht gehorchen will. Die Wahlen in Sachsen haben bewiesen, daß die Moskauer Parole keineswegs eine zündende Kraft hat. Die Reichsweitszialdemokratie mit ihrer Abstinenz in der Reichspolitik ist nicht in der Lage, die Massen an sich heranzuziehen. Die Deutsche Volkspartei haben wir durch ihre Beteiligung an der Reichsregierung gezwungen, eine Politik, die wir diktiert haben,

mitzumachen. Wir können sagen, erklärte Petersen, daß die Deutsche Volkspartei den Pakt, den sie bei ihrem Eintritt in die Reichsregierung eingegangen ist, in ihrer Regierungstätigkeit treu gehalten hat. Die volksparteilichen Minister sind in allen Fragen unseren Wünschen gerecht geworden. Die Aufgaben, denen Lösung bringend ist, sind leichter zu lösen ohne die Sozialdemokratie, als mit ihr. Wir müssen ein Schicksalsgesetz bekommen. Es ist soziale Politik, daß der eine Stand Rücksicht nimmt auf den anderen. Es ist aber schlechterdings nicht erträglich, daß lebenswichtige Betriebe stillgelegt werden, um die Allgemeinheit zu einer politischen Stellungnahme zu zwingen. Der Sozialdemokratie ist wiederholt Gelegenheit gegeben worden, die Regierung zu stützen. Sie hat aber trotz ihres agitatorischen Auftretens in diesen Fällen niemals die Konsequenzen gezogen. — Wedner hält es für selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie noch vor den Preussentwahlen eine eindeutige Haltung wird einnehmen müssen. Sie ist verantwortlich für die Reichspolitik dadurch, daß sie die

Regierung nicht gestützt hat, sondern gestützt.

Wir kommen damit, sagte Petersen, zu der Feststellung, daß die Sozialdemokratie mit diesem, was sie agitatorisch vertritt, es nicht ernst nimmt. Sie spricht selbst aus, daß sie vieles tut, rein aus agitatorischen Gründen, um den Unabhängigen nach Möglichkeit Wählermassen zu entziehen. Andererseits darf ich sagen, daß die Reden, die ich vor einem Jahre gehalten habe, heute Stresemann hält, und daß die Wispel, die ich deswegen damals bekam, heute Stresemann von den Deutschnationalen bekommt. Die Frage ist heute: Wie sollen wir in Preußen wählen durchzuführen, wenn die Reichsweitszialdemokratie im Reich sich weigert, die Tätigkeit auszuüben, die sich als die für die Zukunft des Reiches notwendige erwiesen hat. Es gilt einen Block der Mitte zu schaffen. Wenn die Sozialdemokratie sich fortgesetzt weigert, den Wiederaufbau Deutschlands als verantwortliche Partei mitzumachen, so dürfen wir diese alte Taktik nicht mitmachen, sondern

müssen eine genügend breite Plattform zur Durchsührung einer demokratischen Politik herstellen.

Die Wahlen im Reich, in Thüringen, in Sachsen, haben immer wieder das gleiche Problem gezeigt, daß, wenn wir auch an Wählermassen und Mandaten Reicher werden, doch eine Regierungsverordnung ohne unsere Mitwirkung weder nach rechts, noch nach links oder in der Mitte erfolgen kann.

Aus der Entwicklung der Dinge geht hervor, daß die einzige Partei, die wirklich die zukünftige deutsche Politik bestimmen kann, unsere Partei ist. Die Sozialdemokratie hat gutes Material, gut organisierte Truppen, um eine demokratische Politik zu unterstützen; sie hat aber nicht ein wirtschaftliches Programm, das sie verwirklichen kann. Das Zentrum ist bemüht, eine soziale und demokratische Politik zu treiben, aber sobald auf dem Gebiete von Kirche und Schule Fragen auftauchen, ist das Zentrum für eine Politik, wie wir sie für richtig halten, oft nicht zu haben. Die Deutsche Volkspartei ist stark belastet mit Hypotheken, z. B. monarchistischen, die sie für eine demokratische Politik nicht zuverlässig erscheinen lassen. Das Bestehen unserer Partei ist absolut notwendig für den Wiederaufbau Deutschlands ebenso wie für die Bildung eines Blocks der deutschen Mitte

von Stresemann bis Scheidemann.

Abg. Dr. Petersen zum Schluß fest, daß irgendwelche Verhandlungen über eine Verschmelzung mit der Deutschen Volkspartei nicht stattgefunden haben. (Beifall.)

In der Aussprache wurde mehrfach hervorgehoben, daß die Deutsche Volkspartei sowohl in ihrer Presse als auch in ihren Parteiversammlungen den Kampf gegen die Deutsche Demokratische Partei fortsetze, obwohl man hätte erwarten können, daß nach Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Reichsregierung ein gewisser Burgfrieden hergestellt werden müsse.

Das erschütternde deutsche Finanzjeld.

Notopfer und Zwangsanleihe?

Im Steuerausschuß des Reichstages erklärte gestern bei der Weiterberatung des Gesetzesentwurfes zur Beschleunigung der Erhebung des Reichsnotopfers Reichsbankpräsident v. Hakenstein die denkbar schärfsten Maßnahmen gegen die Papiergeldflut für unbedingt notwendig. Er bitte, den vorliegenden Gesetzentwurf ohne Abschwächung anzunehmen. Das große Defizit der Reichsverwaltungen, die steigenden Löhne und Gehälter erhöhen, daß die schwebende Schuld in diesem Jahre noch um etwa 30 Milliarden Mark höher steigt. Der Reichsbankkredit dürfe nicht in Frage gestellt und das Weltbarometer auf Sturm gebracht werden. Für den stärksten Hemmschuß gegen das billige Heruntergleiten halte er nicht die Vorlage über das Reichsnotopfer, sondern

eine Zwangsanleihe.

So notwendig die zu verabschiedenden Steuergesetze auch seien, so sei es doch fraglich, ob es notwendig und richtig gewesen sei, die Steuergesetze so hoch zu gestalten. Als Typ der Zwangsanleihe hätte er sich eine 4prozente Anleihe gedacht, die in zwei kurz aufeinander folgenden Terminen eingezogen werden soll. Der Ertrag könnte auf 20 Milliarden Mark angenommen werden. Das wäre ein Betrag, den er als wesentlichen Hemmschuß ansehen möchte, auch vom Standpunkte der ausgleichenden Gerechtigkeit. Obwohl hier die Frage der Zwangsanleihe nicht im Vordergrund stehe, müsse er bringen um Annahme der Vorlage bitten, deren Erfolg jedoch nur halb so groß sein werde, wie bei einer Zwangsanleihe. Es gelte die schwerste kaum ausdenkbare Katastrophe von unserer Wirtschaft und unserem Volke abzuwenden. Dem rollenden Rad der vernichtenden Entwicklung einen Demarschuß anzulegen, sei das Gebot der Stunde und er bitte, dem Finanzminister zu helfen, daß er diese Absicht durchzuführen könne.

Die nachfolgenden Redner Becker, Heßler, Dornburg und Hellwich erklärten, daß diese Ausführungen einen tiefen Eindruck bei ihnen hinterlassen hätten und verlangten Aussetzung der Erörterung bis zur Vorlage des schriftlichen Wortausdrucks. Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth erklärte, daß die von ihm vertretene Vorlage

nicht als das allerletzte Mittel zur Sanierung

der Finanzverhältnisse angesehen werden könne, und daß er, wenn ein anderer Weg, der der Zwangsanleihe, beschritten werden solle, dies dem Ratshat vortragen werde. Die Fraktionen aber müßten sich erklären, daß sie hinter der Sache stehen, damit kein Hinausschieben der ganzen Angelegenheit eintrete. Im Hinblick auf die große wirtschaftliche Bedeutung der ganzen Angelegenheit und auf Antrag von verschiedenen Seiten wird der Reichswirtschaftsminister ersucht, in der Sitzung am heutigen Donnerstag zu erscheinen und seine Stellung darzulegen. Abg. Reil (Soz.) erklärt, die Mitteilungen des Reichsbankpräsidenten seien erschütternd gewesen. Auch bei Erörterung der Friedensbedingungen müsse aus unserem Volke das Beste herausgeholt werden, um dem grauenhaften Finanz- und Wirtschaftszusammenbruch entgegenzutreten. Der vorliegende Gesetzentwurf

sei nicht das letzte Mittel. Im Hinblick auf die Lage erscheinen die Sätze des Reichsnotopfers für die Vermögensenden und Reichen noch als bescheiden. Um aus dem Finanzjeld herauszukommen, werde das Reichsnotopfer nicht hinreichen, so daß die Frage der Zwangsanleihe noch erörtert werden müsse.

Grundzüge zur Regelung der Beamtenbesoldung.

Im Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung zugegangen, dessen Inhalt in kurzen Zügen folgender ist: Länder, Gemeinden und sonstige öffentliche Körperschaften sollen — von Ausnahmen abgesehen — die Dienstbezüge ihrer Beamten und Lehrer nicht günstiger regeln dürfen, als sie für gleich zu bewertende Reichsbeamte geregelt sind. Sie sollen demzufolge auch gehalten sein, die zurzeit geltenden, nach dem 31. März 1920 erlassenen oder in Kraft getretenen Vorschriften über Dienstbezüge ihrer Beamten und Lehrer unter Beobachtung dieses Grundgesetzes unbeschadet der Wahrung proklamiertener Rechte neu zu regeln. Regelt ein Land die Dienstbezüge von Beamten oder Lehrern günstiger als das Reich, so soll der Reichsfinanzminister hiergegen Einspruch erheben können mit der Wirkung, daß die günstigere Regelung vorher nicht in Kraft gesetzt werden darf. Demgegenüber soll das Land die Entscheidung des Reichsverwaltungsgerichts anrufen können, an dessen Stelle bis zu seiner Errichtung ein beim Reichsgericht gebildetes Schiedsgericht tritt.

Die Vorschriften der Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften über Dienstbezüge ihrer Beamten und Lehrer sollen der Genehmigung durch die zuständigen obersten Landesbehörden bedürfen und nur dann dem Einspruchsrechte des Reichsministers der Finanzen unterliegen, wenn die oberste Landesbehörde eine ausnahmsweise Besserstellung gegenüber gleich zu bewertenden Reichsbeamten genehmigt hat. Sollten Beamte oder Lehrer durch Anwendung des Gesetzes rückwirkend schlechter gestellt werden, so sollen keine Rückzahlungen erfolgen. Das Gesetz soll vom 1. April 1920 ab in Kraft treten und nur bis zum 1. April 1923 gelten. Es soll Veruhigung in die Beamtenbesoldung tragen und das Reich, die Länder und die übrigen Gemeinwesen vor unerträglicher finanzieller Belastung schützen. Die Beamtenbesoldung wartet seit einigen Monaten auf endgültige Regelung ihrer Verhältnisse und befindet sich deshalb in wachsender Erregung. Das Reich war mit seiner Besoldungsordnung vorgegangen in der Erwartung, daß die Länder und die übrigen Gemeinwesen sich seiner Regelung anschließen würden. Dies ist jedoch nicht geschehen, sondern die Länder sind in kleinerem oder größerem Umfange über das hinausgegangen, was das Reich bei gewissenhafter Abwägung aller Verhältnisse seinen Beamten gewähren zu dürfen glaubte. Ferner würde ein weiteres weitesseitiges Ueberbieten in der Beamtenbesoldung allen Gemeinwesen unerträgliche Lasten auferlegen. Das zurzeit der Beratung unterliegende Gesetz über Änderung des Reichsbesoldungsgesetzes vom 30. April 1920 wird zu den zehn Milliarden, die das Reich für seine Beamten zahlt, die elfte hinzufügen. Die Länder und Gemeinden sind in ähnlicher Lage. Angesichts dieser Tatsachen drängt sich die Notwendigkeit auf, ein Gesetz zu schaffen, das einer weiteren Unaufräuberung des unveränderlichen Dienstvertrags der Beamten Einhalt gebietet.

Kleine politische Meldungen.

Veteranenbeihilfe. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, besteht begründete Aussicht, daß den Veteranen der Kriege 64, 66 und 70/71 noch vor Weihnachten durch Reichstagsbeschluß eine namhafte Unterstützung zugewandt werden wird. Dem Berechnen nach ist das Reichsfinanzministerium bereit, hier für 20 Millionen Mark auszuweisen.

Die bayerischen Einwohnerwehren. Die halbamtliche Bayerische Staatszeitung erklärt, daß die Mitteilung der Ministerialkommission nach der Bayern der Reichsregierung ein Kompromiß für die Entente nachschlagen werde und nach dem die Wehren dezentralisiert und kontingentiert werden und in dieser Form bis zu neuen Verhandlungen noch sechs Monate fortbestehen sollen, auf guten Informationen beruht und die Grundlinien der neuen Regelung richtig darstellt.

Die Viehabschleppungsverhandlungen. Die Verhandlungen über die Viehabschleppungen in Paris, die Ende voriger Woche unterbrochen und Anfang dieser Woche wieder aufgenommen wurden, sind gestern, wie die Deutsche Allgemeine Zeitung mitteilt, um einige Tage vertagt worden. Man rechnet damit, daß sie am Freitag zum endgültigen Abschluß gebracht werden.

Französische Frauen weigern sich 800000 Mitglieder. Die französische Union für das Frauenstimmrecht hat an die deutschen Parlamentarierlisten zu Händen der mehrheitssozialistischen Abg. Frau Ullrich Schreiber ein Schreiben gerichtet, in dem die Überlieferung der 800000 Mitglieder durch Deutschland an Frankreich geordert wird. Es heißt in dem Schreiben: Wenn die deutschen Frauen die notwendigen Gebiete Frankreichs besucht hätten, wenn sie dort, die furchtbare Kindersterblichkeit festgestellt hätten, so würden diese Familienmütter nicht versuchen, eine Migration zu entfachen, um Deutschland an der Erfüllung seiner Verpflichtungen zu hindern.

Eine Warnung vor überhöhter Sozialreform. Wie aus dem Haag gemeldet wird, warnt das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftskongresses in einer dem kommenden Kongreß überreichten Resolution sehr deutlich vor der